

F a k t e n u n d A r g u m e n t e

NACH 44 JAHREN SPD IN HAMBURG

Mit Ole von Beust als Erstem Bürgermeister **regiert** in der Hanse- stadt wieder die CDU



Die Zeiger der Rathaus-
uhr zeigten 15:36 Uhr, als
am Mittwoch, 31. Oktober,
der neue Erste Bürger-
meister der Freien und
Hansestadt Hamburg, Ole
von Beust, mit den Worten
„Ich schwöre es, so wahr
mir Gott helfe“ den Amts-
eid ablegte.

Nach 44 Jahren SPD-
Vorherrschaft hat in Ham-

burg damit wieder die CDU das Ruder in die Hand genommen. Ole von Beust und der neue Senat, bestehend aus vier CDU-, drei Schill-Partei-, einem F.D.P.- und zwei parteilosen Senatoren, kann nun endlich die Politik in Angriff nehmen, die der wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und gesellschaftlichen Bedeutung einer Weltstadt wie Hamburg entspricht. Die neue Regierung verfügt im Landesparlament, der Hamburger Bürgerschaft, über 64 der insgesamt 121 Abgeordneten.

Die Koalitionsverhandlungen der drei Parteien waren nach dem klaren Votum der Hamburger Wähler am 23. September sofort in Angriff genommen und nach nur drei Wochen auch erfolg-

reich beendet worden. Die Zustimmung der Gremien aller drei Parteien machte dann den Weg endgültig frei für den Politikwechsel in der Hansestadt.

INHALT

PRESSEKONFERENZ
MERKEL-STOIBER

Sicherheitspaket II und
Zuwanderungsregelung
unzureichend
SEITE 8 - 9

DOKUMENTATION

Für ein patientenorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen mit leistungsfähigen Strukturen. Beschluss der Kommission Humane Dienste

INNENTEIL

■ **Laurenz Meyer:** Zeitplan für die Bestimmung des Kanzlerkandidaten vom Präsidium bekräftigt (Seite 4) ■ **Klares Signal für den Frieden.** Nahostreise der Parteivorsitzenden (Seite 5) ■ **Regionalkonferenzen.** Die CDU bietet den Menschen einen Vertrag für eine sichere Zukunft an (Seite 6–7) ■ **Erwin Marschewski** zum Sicherheitspaket II: Der „rote Sheriff“ schießt mit Platzpatronen (Seite 10) ■ **Andreas Schmidt:** Skandalöses Verfahren gegen Schäuble endlich eingestellt (Seite 11) ■ **Andreas Storm:** Übler Manipulationsversuch, um eine Beitragserhöhung der Rentenkassen zu umgehen (Seite 12) ■ **Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern:** SPD und PDS verantwortlich für Stillstand in diesem Land (Seite 14) ■ **CDU Schleswig-Holstein:** Team für Berlin (Seite 16) ■ **Bundesdelegiertenversammlung der MIT:** Wirtschaft vom Deregulierungswahn befreien (Seite 18)



Foto: dpa

In NRW Beifallsstürme für Angela Merkel

Einen „Befreiungsschlag“ hat die Westfalenpost den Auftritt der Parteivorsitzenden auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Hagen genannt und kommentiert die Reaktion der Delegierten:

„Das waren keine Ovationen im Hinterzimmer, sondern Beifallsstürme des mit-

gliederstärksten Landesverbands. Die Parteibasis dürrstete nach klaren Worten und bekam eine furiose Antrittsrede der Chefin, die Führungswillen demonstrierte.“

Angela Merkel: „Es geht um die Frage der Existenz der CDU als mehrheits- und bündnisfähiger Partei in diesem Land.“

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 220 70-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

AUF DEM LANDESPARTEITAG IN HAGEN

Mit bestechender **Klarheit** beschrieben, was für die Union auf dem Spiel steht

Die Schlagzeilen der Tageszeitungen von Anfang der Woche machen deutlich: Angela Merkel hat in Hagen genau die richtigen Worte für die Stimmung der Partei gefunden.

Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Hagen – Sachdebatte und inhaltliche Arbeit der „CDU im Westen“. „Unter kräftigem Applaus führt Landeschef Jürgen Rüttgers die Parteivorsitzende quer durch die Stadthalle zum Podium.“ (Rheinische Post)

In Höchstform

Ihre Rede beginnt sie damit, mit „den anderen“ abzurechnen, wie sie die Sozialdemokraten nennt. Dann aber: ■ „Wahre Beifallstürme“ bei den Delegierten ■ „Genau das wollen sie hören.“ ■ „Sie erleben eine Parteivorsitzende, die zur Höchstform aufläuft.“ ■ Und am Ende: „Wieder bricht der Jubel los.“

„War das ein Pfund, meint ein sichtlich beeindruckter Delegierter vom Nieder-

rhein. Jetzt wünscht er sich nur, dass der Landesparteitag in Dresden Anfang Dezember zum *Hagen II* wird.“

„Löwenmut“ bescheinigt das *Handelsblatt* der Parteivorsitzenden, und die *Berliner Zeitung* streicht ihren Vorteil heraus, „unterschätzt zu werden“.

Starker Auftritt

„Mit ihrem starken Auftritt in Hagen hat sie allen Kritikern in und außerhalb der Union eindrucksvoll vor Augen geführt“, schreibt die *Berliner Zeitung* weiter, „dass sie sich dem zunehmenden Druck nicht beugen will.“ Und: „Der Jubel der nordrhein-westfälischen Delegierten signalisiert, dass ihre beherzte Gegenwehr honoriert wird.“

„Mit bestechender Klarheit hat die CDU-Vorsitzende beschrieben, was für die Union auf dem Spiel steht, wenn sie sich weiterhin hauptsächlich um die K-Frage streitet und darüber die programmatische Erneuerung vernachlässigt.“

ANGELA MERKEL:

Es geht darum, die Bundestagswahl 2002 zu **gewinnen**

■ *Wir stehen am Scheideweg. Es geht um die Frage der Existenz der Union als mehrheitsfähiger und bündnisfähiger Partei in dieser Bundesrepublik.*

■ *Ich bin als Parteivorsitzende in Essen nicht angetreten, um nun das zu erleben, was unsere Gegner von außen nicht geschafft haben.*

■ *Man sitzt doch fassungslos abends vor dem Fernseher: Nach 44 Jahren stellen wir in Hamburg zum ersten Mal mit Ole von Beust wieder den Ersten Bürgermeister, und eine ganz andere, vom Zaun gebrochene Debatte bestimmt die Tagesthemen.*

■ *Die Leute wollen nicht, dass wir uns oben anlächeln und unterm Tisch vors Schienbein treten.*

■ *Es geht 2002 nicht darum, eine achtbare Niederlage zu erleiden. Wir wollen die Bundestagswahl gewinnen. Dafür bin ich gewählt worden. Darum bitte ich Sie in diesem Landesverband auch weiter um Mithilfe.*

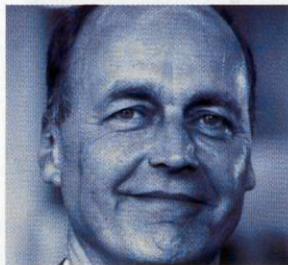
aus der Rede in Hagen

Meyer: **Zeitplan** für die Bestimmung des Kanzlerkandidaten bekräftigt

Das Präsidium hat den **Zeitplan für die Bestimmung des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien „einmütig“ bestätigt.**

Das Präsidium vertraut den Parteivorsitzenden Angela Merkel und Edmund Stoiber, dass sie „Anfang nächsten Jahres einen Vorschlag sowohl zum Verfahren als auch zur Person des Kandidaten machen werden“, sagte Generalsekretär Laurenz Meyer vor der Presse in Berlin. Anschließend könnten sich dann auch die Parteigremien mit dieser Frage beschäftigen.

Zuvor hatte sich das Präsidium gegen eine Feuerpause in Afghanistan ausgesprochen, dabei jedoch einhellig die Meinung vertreten, dass zur uneingeschränkten Solidarität mit den Vereinigten Staaten eine deutliche Verstärkung der politischen Bemühungen hinzu kommen müsse. Das gelte insbesondere für den Nahost-Konflikt, wo sich die Europäische Union und die Bundesregierung stärker engagieren sollten. Dies könne allerdings nur



gelingen, wenn die Interessen und die Rechte beider Konfliktparteien berücksichtigt würden.

Darüber hinaus habe das Präsidium, so Meyer, die Bundesregierung aufgefordert, die angekündigten Finanzmittel bereitzustellen und den afghanischen Flüchtlingen humanitäre Hilfe zu leisten. Hier müs-

sten den Worten endlich auch Taten folgen.

Mit Blick auf das vom Bundesinnenminister vorgelegte Zuwanderungsmodell erklärte Laurenz Meyer: „Ich weiß gar nicht, wie man sich so schnell drehen und wenden kann.“ Denn was Schily jetzt vorgelegt habe, sei „das Gegenteil von dem, was er die ganze Zeit gesagt hat“. Die Union sieht keine Notwendigkeit, die Asylgründe de facto um geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgungsgründe zu erweitern. Denn in solchen Fällen besteht bereits Abschiebeschutz nach geltendem Recht. Andernfalls würde

LAURENZ MEYER:

Schröder hat die Arbeitslosen **abgehakt**

Drei Jahre nach Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung ist die Zahl der Arbeitslosen zum ersten Mal in einem Oktober wieder gestiegen. Immer mehr Menschen müssen zudem um ihren Arbeitsplatz fürchten, weil die Bundesregierung nicht die Kraft hat, die entscheidenden und notwendigen Reformen durchzusetzen. Von seinem Versprechen, die Arbeitslosigkeit abzubauen, ist der Bundeskanzler weiter entfernt denn je.

Zuwanderung „in einem nahezu unüberschaubaren Maße möglich gemacht“. Außerdem sei es falsch, dass Nachzugsalter auf 14 Jahre festzuschreiben. Stattdessen sei eine Senkung notwendig, damit junge Ausländer in Deutschland überhaupt „soziale Chancen“ hätten. Auf der anderen Seite müsste die Ausweisung straffällig gewordener und gewaltbereiter Ausländer erleichtert werden.

Steuern senken!

Angesichts der aktuell dominierenden außenpolitischen Lage dürfe die „bedrohliche wirtschaftliche Situation in Deutschland“ nicht ausgeklammert werden. Entgegen jedweder Vernunft schein die SPD in Steuererhöhungen den Ausweg aus der Krise zu suchen: Neben der Ökosteuer sowie der Tabak- und Versicherungssteuer diskutiere sie jetzt die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Dabei sei es aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten „unerlässlich und unabdingbar“, die Steuern zu senken. Denn erst mit niedrigeren Steuern können sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder erholen, unterstrich Laurenz Meyer.



Ein klares Signal für den Frieden

Der Friedensprozess im Nahen Osten werde nur dann erfolgreich sein, wenn die legitimen Rechte beider Parteien berücksichtigt werden.

Diesen Grundsatz der deutschen Nahostpolitik hat Angela Merkel dem palästinensischen Präsidenten gegenüber vertreten und damit die Haltung der CDU bekräftigt: „Unsere Position ist, Israels Existenzrecht und die Palästinenser zu unterstützen.“

Das Treffen mit Jassir Arafat in Gaza war die erste Station der Nahostreise der Parteivorsitzenden. „Ein klares Signal für den Frie-

den“ nannte sie das Gespräch und einen Beitrag „die Menschen auf beiden Seiten zu stärken, die an den Frieden glauben“.

Bei dem anschließenden Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon und Außenminister Schimon Peres setzte sich die Parteivorsitzende dafür ein, dass die die Europäer sich an „den Interessen Israels“ orientieren und das Land „gerade in schweren Zeiten“ unterstützen.

Zum Auftakt ihres Besuchs in Jerusalem hatte Angela Merkel einen Kranz in der Gedenkstätte Jad Vashem niedergelegt.



DIE TERMINE

■ 17. Oktober: Kassel, documenta-Halle (ca. 500 Teilnehmer) ■ 22. Oktober: Walsrode, Stadthalle (450 Teilnehmer) ■ 23. Oktober: Magdeburg, Kultur- und Kongresshaus (550 Teilnehmer) ■ 26. Oktober: Erfurt, Neue Messe (550 Teilnehmer) ■ 27. Oktober: Coswig, Hotel-Restaurant „Börse“ (400 Teilnehmer) ■ 9. November: Mainz, Eltzer Hof ■ 15. November: Kiel, Terminal der Color Line (Norwegenkai) ■ 17. November: Kremen, Stadtparkhalle ■ 19. November: Recklinghausen, Ruhrfestspielhaus ■ 24. November: Karlsruhe, Festplatz

An den ersten fünf Konferenzen haben ca. 2.500 Gäste teilgenommen.

„FREIE MENSCHEN. STARKES LAND“

CDU bietet den Menschen Vertrag für eine sichere Zukunft an

Fünf Konferenzen haben inzwischen stattgefunden: in Kassel, Walsrode, Magdeburg, Erfurt und Coswig. Jedesmal waren die Hallen voll, und alle Teilnehmer ließen sich in die Diskussion einbinden, die die ganze Partei über den Antrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag in Dresden seit Anfang Oktober führt.

Im Zentrum jeder Veranstaltung: die Grundsatzrede der Parteivorsitzenden mit der Eröffnung: „Die Menschen erwarten von der CDU Antworten auf die Fragen der neuen Zeit. Sie setzen große Hoffnungen auf uns. Denn diese Regierung kann es nicht.“

„Umworben, getäuscht und abgezockt“ – sagt sie –

werden die Menschen von Schröder. Bei ohnehin steigenden Prämien erhöht er die Versicherungssteuer. Mit „mehr Geld für die Sicherheit“ begründet er die höhere Tabaksteuer – von der Ökosteuer ganz zu schweigen, die bis heute keinen Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten geleistet hat.

Nur wenn die Steuern sinken, könne es mit der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt wieder aufwärts gehen. Angela Merkel: „In einem Land stimmt doch was nicht, wenn die Schwarzarbeit dreimal so schnell wächst wie die übrige Wirtschaft.“

Unmittelbar nach Regierungsübernahme durch die Union müssen deshalb folgende Maßnahmen getroffen werden: ■ Steuerreform

Unser Weg nach Dresden: Von der Annahme der

■ November 1998: Parteitag nach der Bundestagswahl. Motto: „Wir nehmen die Herausforderung an“ ■ April 1999: Parteitag in Erfurt mit dem programmatischen Aufbruch „Wir wollen die modernste Partei Europas werden“ ■ Dezember: Kleiner Parteitag in Berlin mit dem

Beschluss des neuen familienpolitischen Programms ■ Februar/März 2000: Regionalkonferenzen vor dem Essener Parteitag ■ April: Parteitag in Essen. Motto: „Zur Sache“. Angela Merkel wird Parteivorsitzende ■ Juli: Sommertour der Parteivorsitzenden. Motto: „Startplatz

Deutschland“ ■ November: Kleiner Parteitag in Stuttgart mit dem bildungspolitischen Beschluss ■ April/Mai 2001: Regionalkonferenzen zum Thema Zuwanderung und Integration ■ Mai: Agrar-Kongress in Berlin ■ Juni: Kleiner Parteitag in Berlin. Motto: „Zuwanderung steuern

vorziehen ■ 630-Mark-Gesetz ändern ■ Gesetz über die Scheinselbständigkeit abschaffen ■ Ökosteuer aussetzen ■ Betriebsverfassungsgesetz modernisieren.

In Mittelpunkt des Wahlkampfes werde die CDU aber auch die Familienpolitik rücken. Nachdrücklich plädiert die Parteivorsitzende dafür, ein Erziehungsgeld in Höhe von 1.200 Mark pro Kind durchzusetzen. Denn: „Wer sagt, dass die Familie im Mittelpunkt seiner Politik steht, muss das auch in der Praxis erfahrbar machen.“

In den Diskussionen werden die Themen, die die Parteivorsitzende anspricht, aufgegriffen – in dem Bewusstsein, damit einen Beitrag zum Wahlprogramm der Union zu leisten, in das der Antrag an den bevorstehenden Parteitag münden wird. Angela Merkel gelingt es, bei allen Teilnehmern die Zuversicht zu wecken, dass die pro-

grammatische Arbeit auf den Regionalkonferenzen eine unumgängliche Voraussetzung für den Wahlsieg im nächsten Jahr sind.

Laurenz Meyer: Wir wollen das Vertrauen der Mehrheit der Bundesbürger erlangen

Auf die wahlentscheidende Bedeutung des Wahlprogramms, das aus dem Antrag „Freie Menschen. Starkes Land“ hervorgehen wird, hat Generalsekretär Laurenz Meyer in seinen Redebeiträgen hingewiesen.

Wir müssen „so viele Bürger wie möglich ansprechen und überzeugen“, damit wir „bis zum September 2002 das Vertrauen einer Mehrheit der Bundesbürger erlangen, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen und wieder die Bundesregierung stellen“.



Foto: Frank Ossenbrink

Herausforderung zum Antrag an den 14. Parteitag

und begrenzen. Integration fördern“. Mit dem Zuwanderungsbeschluss ■ Zukunftskonferenz in Berlin ■ Juli: Beschluss des Bundesvorstands zur inneren Sicherheit ■ August: Sommertour der Parteivorsitzenden. Motto: „Machen wir mehr aus unserem Land“ ■ Kundgebung

zum 40. Jahrestag des Mauerbaus ■ Diskussionspapier des Bundesvorstands „neue Soziale Marktwirtschaft“ ■ September: Beschluss des Bundesvorstands zum Thema Internet ■ Beschluss zur Außen- und Sicherheitspolitik ■ Oktober: Beschluss zum weiteren Aufbau Ost ■

Eröffnung der „Arena 02“ für den Wahlkampf in der Bundesgeschäftsstelle ■ Kundgebung zum Jahrestag der Deutschen Einheit in Berlin ■ Antrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag und Regionalkonferenzen „Freie Menschen. Starkes Land“

Rot-grüner Entwurf entspricht nicht den **Forderungen** der Union

Durch den Konsens mit den Grünen bei der Zuwanderung hat sich Bundesinnenminister Schily von einem Kompromiss mit der Union weiter entfernt.

Nach dem, was jetzt bekannt ist, schafft der rot-grüne Kompromiss keine Begrenzung der Zuwanderung, sondern eine erhebliche Erweiterung an Zuwanderung durch die Einführung neuer Bleiberechte und Zuwanderungsmöglichkeiten! Der rot-grüne Kompromiss ist somit genau das Gegenteil von dem, was Herr Schily immer angekündigt hat.

Wenn Schily behauptet, dass der rot-grüne Vorschlag Zuwanderung steuert und begrenzt, dann tut er dies wider besseres Wissens und betreibt damit Volksverdummung. Schily versucht davon abzulenken, dass er vor den Grünen regelrecht eingeknickt ist.

Bereits im August haben wir darauf hingewiesen, dass der ursprüngliche Schily-Entwurf in 4 Punkten nicht akzeptabel war und damit nachge- ►

Sicherheitspaket II und Zuwanderungsregelung **unzureichend**

Nach einem Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber am 7. November in Berlin hat die Parteivorsitzende Angela Merkel deutlich gemacht, dass sich CDU und CSU bewusst seien, dass der geplante Einsatz von 3.900 Bundeswehrsoldaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine „Zäsur in der deutschen Politik“ darstelle.

Diese Entscheidung sei „alternativlos“, auch wenn man die „Ängste, Sorgen und Fragen“ vieler Menschen verstehe. Es könne deshalb „vernünftig“ sein, der Bereitstellung deutscher Soldaten zunächst nur für sechs Monate zuzustimmen.

Neben dem Bereitstellungsbeschluss hat das Bundeskabinett auch die Entwürfe für das Sicherheitspaket II und für ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet. In diesen Bereichen habe Schily „zwar stets knallharte Worte“ gefunden, seine Taten seien jedoch anschließend an vielen Stellen „wachsweich“ geblieben.

Die Menschen erwarteten jedoch eine „stimmige Politik“, zumal die Grenzen zwischen „äußerer und innerer Sicherheit zunehmend verschwimmen“ würden.

Kronzeugenregelung angekündigt, aber nicht durchgesetzt

Insbesondere mit Blick auf das Ausländerrecht werde das Sicherheitspaket den Anforderungen nicht gerecht. Konkret sprach sich die Parteivorsitzende dafür aus, dass bei dem „Verdacht terroristischer Aktivitäten die Möglichkeit der Verweigerung der Einreise beziehungsweise die Möglichkeit der Ausweisung“ gegeben sein müsse. Enttäuschend sei weiter, dass der Bundesinnenminister den Unionsparteien die Neuauflage der Kronzeugenregelung angekündigt habe, dies in der Koalition aber nicht habe durchsetzen können.

Außerdem enthalte das Sicherheitspaket II keine Bestimmungen über einen

möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern, obwohl dies für den Schutz ziviler Objekte in Zukunft notwendig werden könne.

Bei der Zuwanderung sehe der Regierungsentwurf keine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung vor, erklärte Angela



Merkel. Während von den vier Mio. Ausländern, die in den 70er Jahren in Deutschland gelebt hätten, noch 2,56 Mio. einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen wären, treffe dies heute nur noch auf 2,3 Mio. zu – bei insgesamt sieben Mio. ausländischen Bürgern.

In der Konsequenz bedeute dies, dass Zuwanderung in den letzten Jahren vor allem in die sozialen Sicherungssysteme stattgefunden habe. Angesichts der Probleme auf dem deut-

schen Arbeitsmarkt mit fast vier Mio. Arbeitslosen sei jedoch klar erkennbar, dass hier allein zur Senkung der Lohnnebenkosten ein Umsteuern erforderlich sei.

Auch die Ausweitung des Asylrechts auf Fälle nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer

Verfolgung führe zu mehr Zuwanderung. Dabei sei die derzeitige Rechtslage nicht „inhuman“, da die betroffenen Menschen nicht aus Deutschland abgeschoben würden.

Der bayerische Minister-

präsident Edmund Stoiber stellte drei Forderungen, die im Sicherheitspaket II enthalten sein müssten: ■ die Enttarnung terroristischer Netzwerke, ■ Extremisten die Einreise zu verwehren und jene, die bereits hier sind, auszuweisen ■ sowie den Terrorismus finanziell auszutrocknen.

Zudem sprach sich Edmund Stoiber dafür aus, „unsere gesamte Rechtsordnung einem Sicherheits-Check“ zu unterziehen, da sie auf die neue Art von Gefahren nicht ausgerichtet sei.

► bessert werden muss. Dazu zählen ■ Beschleunigung der Asylverfahren ■ Familiennachzug ■ Regelung der Arbeitsmigration auch durch die Länder ■ und die Frage nach der Finanzierung der Integrationskosten.

Der Koalitionskompromiss wird diesen Anforderungen nicht gerecht: Die Asylgründe werden ausgeweitet, der Familiennachzug wird erweitert, statt restriktiver gehandhabt, die Frage der Integrationskosten bleibt ungeklärt, und es gibt keine Festschreibung der Begrenzung von Zuwanderung als Ziel.

Die Union hat als erste Partei in Deutschland ein umfassendes Gesetz zur Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung und zur Integration der Zuwanderer erarbeitet und im Bundestag vorgelegt. Die Zuwanderung muss am nationalen Interesse ausgerichtet sein. Die Zuwanderung in die Sozialsysteme müssen wir zurückführen, um Raum für Zuwanderung dort zu schaffen, wo sie Deutschland nutzt.

Übergeordnetes Ziel muss sein, dass Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung tatsächlich umgesetzt werden. Das ist der Maßstab unserer Entscheidung.

Völlig unzureichend – der „rote Sheriff“ schießt mit **Platzpatronen**

Zum „Sicherheitskompromiss“ von Rot-Grün beim „Anti-Terrorpaket II“ des Bundesinnenministers erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bei den Verhandlungen um die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und Ausländerextremismus haben sich die Grünen und SPD-Linken in zentralen Punkten gegen den Bundesinnenminister durchgesetzt. Ergebnis: Das „Anti-Terror-Paket II“ ist völlig unzureichend.

Von den markigen Ankündigungen nichts übrig geblieben

Was bleibt übrig von den markigen Ankündigungen des Bundesinnenministers, ausländische Terroristen und Extremisten würden mit allen Mitteln aufgespürt und außer Landes geschafft? Fast nichts.

■ Initiativermittlungskompetenz für das Bundeskriminalamt (BKA)? Fehl-



zeige. Wegen der Grünen bleibt das BKA ein zahnloser Tiger, der uns nicht besser schützen kann, weil er nicht handeln darf.

■ Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes u.ä.? Ausgebremst. Auskünften bei Kreditinstituten, Post- und Telekommunikationsdienstleistern dürfen auf Druck der Grünen nur unter strengsten Voraussetzungen eingeholt werden.

■ Polizeilicher Einsatz von Ortungsgeräten für Handy-Nutzer (IMSI-Catcher)? Weichgespült. Jetzt kriegen wir „absolute Verwendungsverbote“ und „Lösungsgebote“.

■ Aufnahme biometrischer Merkmale in Ausweisdokumente für Ausländer, Pass und Personalausweise? Gezaudert und auf Zeit gespielt. Welche Merkmale

aufgenommen werden, wurde noch nicht geregelt. Schon vergessen, dass der Attentäter Atta in Deutschland mit drei verschiedenen Identitäten lebte? Und was soll man vernünftigerweise auch als deutscher Staatsangehöriger dagegen einwenden können, wenn ein Identitätspapier dazu dient, die Identität treffsicher feststellen zu können?

Statt Ausweisung und Abschiebung nur „weiße Salbe“

Der wichtigste Komplex für eine verbesserte innere Sicherheit zum Schutz vor Ausländerextremismus und Terrorismus wurde überhaupt nicht geregelt. Durchgreifende und zielgenaue Maßnahmen im Bereich des Ausländerrechts?

Die angeblichen Verschärfungen im Ausländerrecht im Bereich der Ausweisung und Abschiebung sind doch nichts als weiße Salbe.

Die entscheidenden Gesetzesänderungen fehlen. Erforderlich sind Änderungen, mit denen wir auch ggf. asyl-

ANDREAS SCHMIDT:

Skandalöses Verfahren endlich **eingestellt**

berechtigte Extremisten nach schwersten Straftaten zwingend abschieben können.

Das beinhaltet eine Lockerung des Abschiebeschutzes im Bereich des § 53 AuslG. Es ist nicht zu vermitteln, dass Terroristen und ausländische Extremisten nicht abgeschoben werden können, wenn ihnen im Heimatland z. B. erniedrigende oder unmenschliche Behandlung droht. An Fällen wie dem des Kölner Extremistenführers Kaplan ändert das Sicherheitspaket gar nichts.

Notwendig ist auch, dass Ausländer bereits bei Terrorismusverdacht erst gar nicht ins Land gelassen werden und auch bei Verdacht zwingend ausgewiesen werden. Das angebliche „Anti-Terror-Paket II“ sieht weder einen Versagungsgrund für Visa und Aufenthaltsgenehmigungen noch einen entsprechenden Ausweisungsstatbestand vor.

Gegen faule Kompromisse

Wieder einmal hat sich gezeigt, dass im Kampf gegen Terror und Ausländerextremisten bei Rot-Grün nicht die Sicherheit oberste Priorität hat. Koalitionsfrieden gegen Entschärfung des Si-

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss erklärte zum Skandal, dass die Berliner Staatsanwaltschaft überhaupt ein Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang Schäuble geführt hat:

Dieses Verfahren hätte aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nie eingeleitet werden dürfen. Wolfgang Schäubles Aussagen zu den Umständen der Übergabe der 100.000,-DM-Spende sind glaubwürdig und überzeugend. Dieses Ermittlungsverfahren war der Gipfel einer rot-grünen Rufmordkampagne gegen Wolfgang Schäuble, die jetzt zerplatzt ist wie eine Seifenblase.

Das von der rot-grünen Mehrheit im 1. Untersuchungsausschuss initiierte

Strafverfahren diente nicht der Aufklärung. Es ging nur darum, medienwirksam Verdächtigungen gegen Wolfgang Schäuble zu produzieren, um einen herausragenden Politiker der CDU mit den Mitteln der Diffamierung zu beschädigen.

Zu keinem Zeitpunkt einen anderen Ausgang erwartet

Zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Wolfgang Schäuble erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel:

Ich freue mich über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens. Ich habe zu keinem Zeitpunkt einen anderen Ausgang des Ermittlungsverfahrens erwartet.

cherheitspakets—dieser Handel geht nicht Ordnung! Wir fordern, entschlossen und zielgenau gegen die Bedrohung durch ausländische Extremisten vorzugehen. Deutschland braucht keinen

kurzfristigen Aktionismus. Wir brauchen durchdachte Konzepte und wirkungsvolle Maßnahmen, aber keine auf falsch verstandener Humanität und Naivität basierenden Kompromisse. **UD**

ANDREAS STORM:

Übler Manipulationsversuch, um eine Beitragserhöhung zu umgehen

Arbeitsminister Walter Riester will mit einem Griff in die „eiserne Reserve“ der Rentenkassen den Anstieg der Rentenbeiträge im Wahljahr 2002 verhindern. Entgegen seiner Zusage müsste sonst trotz der Erhöhung der Ökosteuer zum 1. Januar 2002 auch der Rentenbeitrag angehoben werden.

Sein Plan: Die sogenannte „Schwankungsreserve“ soll von 28 Milliarden DM um bis zu 20% verringert werden. CDU-Sozialexperte Andreas Storm: „Ein übler Manipulationsversuch, um im Wahljahr eine Beitragserhöhung zu umgehen.“

Bislang müssen die Rentenkassen noch einen kompletten Monatsbeitrag in der „Spardose“ haben, um kurzfristige Liquiditätsengpässe der Rentenversicherung zu vermeiden. Etwa 15% dieser Reserve sind nach Auskunft der Rentenversicherungsträger aber gar nicht wirklich verfügbar, weil sie in einer Wohnungsbaugesellschaft dauerhaft angelegt sind. Besonders pikant:

Durch die dramatische Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wird die sogenannte „Schwankungsreserve“ voraussichtlich bereits in diesem Jahr deutlich unterschritten werden.

Angesichts der völlig unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung kommen auf die Rentenkassen im kommenden Jahr besondere Risiken zu. Wenn die ökonomischen Rahmendaten der Bundesregierung zu optimi-

stisch angesetzt seien, könnten die Rücklagen nach Auffassung von Rentenexperten bereits im Spätsommer 2002 ganz aufgezehrt sein. Mit diesem dreisten Griff in die Rentenrücklage fährt Riester die Rentenkassen nur wenige Monate nach der angeblichen „Jahrhundertrentenreform“ gegen die Wand. „Dies ist ein rentenpolitischer Offenbarungseid“, urteilte der Vorsitzende der CDU-Rentenkommission.

Glückwunsch!

Zur Wahl von Oberleutnant Katja Roeder zur Vorsitzenden Sanitätsdienst im Deutschen Bundeswehrverband erklärte Annette Widmann-Mauz:

Im Namen der Gruppe der Frauen der CDU/CSU gratuliere ich Frau Roeder zu dieser Wahl und beglückwünsche die Entscheidungsträger. Ich freue mich, dass damit ein Stückchen Gleichberechtigung in der Männerdomäne „Bundeswehr“ Einzug gehalten hat.

Personalie

Auf dem 4. Kongress der Europäischen Senioren Union (ESU) wurde am 18. Oktober in Brüssel der Bundesvorsitzende der Senioren Union, Staatssekretär a.D. **Bernhard Worms**, mit 100 % der Stimmen von 84 anwesenden der insgesamt 98 Delegierten aus 15 europäischen Ländern zum Präsidenten der Europäischen Senioren Union gewählt. Er wurde Nachfolger des Präsidenten LH-St. a.D. Stefan Knäfl (Österreich).

SCHLIMMER, als „wir alle dachten“, wird sich noch in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit entwickeln. Führende Volkswirte deutscher Großbanken rechnen mit mehr als vier Millionen. Martin Hüfner (HypoVereinsbank) erwartet einen „sehr harten Winter“. Jürgen Pfister (Commerzbank): „Wir befinden uns am Rand einer Rezession.“

EIN DRITTEL aller Bank-Arbeitsplätze sind in den nächsten zehn Jahren in Gefahr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank: „Der Kostendruck zwingt zu Personalabbau.“ Bis zu 50 Prozent aller bestehenden Filialen der Kreditinstitute könnten überflüssig werden. Der Abbau wird sich nach Ansicht von Personalvorstand Tessen von Heydebreck „nicht in jedem Fall über Fluktuation realisieren“ lassen.

NEUE MITARBEITER sucht die Sicherheitsbranche. Andreas Paulick, stellvertretender Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Wach- und Sicherheitsunternehmen: „Wir könnten bundesweit gut 10.000 zusätzliche Kräfte einstellen, um den Bedarf zu decken.“ Der Markt gebe aber geeignete Personen in der notwendigen

Zahl nicht her. Schon für die Euro-Transporte Wachpersonal zu finden, war ein „riesiges Problem“.

ZU LOHNVERZICHT sind nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 54 Prozent der Deutschen bereit. Den Spielraum für Lohnerhöhungen halten nur sieben Prozent „für groß“. 22 Prozent wollen, dass die Gewerkschaften immerhin „mit hohen Forderungen“ in die bevorstehenden Tarifverhandlungen gehen.

ERSTMALS seit der Deutschen Einheit schrumpft die Wirtschaft in den neuen Bundesländern, und die erst vor drei Wochen abgegebene Gemeinschaftsprognose im Herbstgutachten ist überholt. Die neuen Zahlen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Rückgang zwischen 0,5 und einem Prozent.

RIESTER-RENTE: schon der Vorgang ihrer Entstehung ein beispielloses Hin und Her – im Ergebnis schlecht. Kein Wunder, dass bis zu „sehr schlecht“ die Noten sind, die Tester der Beratungsqualität führender Versicherungsanstalten in Sachen privater Zusatzversorgung geben. Kein einzi-

ger Berater konnte auch nur die Versorgungslücke exakt berechnen, die mit der neuen Rentenregelung geschlossen werden soll.

ÜBERFLÜSSIG sind einem Bericht des Steuerzahlerbunds zufolge „zu einem beträchtlichen Teil“ die Gutachten, für die Bund und Länder jedes Jahr mehrere hundert Millionen Mark ausgeben. Beispielhaft: 678.000 Mark, die die Regierung für eine Studie bezahlt hat, die sich mit der „Wirksamkeit der Programme von Forschung, Technologie und Innovation auf die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft“ befasst.

MERKLICH GESTIEGEN ist nach den Terroranschlägen in den USA die Zahl der Kriegsdienstverweigerer in Deutschland: im September auf 15.285. Das sind 623 Verweigerungen mehr als noch vor einem Jahr.

SINKENDE Spendenbereitschaft ist die Folge von Konjunkturfalte und Arbeitsplatzangst bei 21 Prozent der Bundesbürger. Das hat Emnid ermittelt. Neun Prozent der Befragten wollen ihre Hilfe für Wohlfahrtsorganisationen verbessern, 66 Prozent wollen genau so viel geben wie im Vorjahr. **UD**

SPD und PDS sind **verantwortlich** für Stillstand und Stagnation in diesem Land

Auf dem 16. Landespartei-tag wurde der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Eckhardt Rehberg mit 89,5 % der Stimmen zum neuen Vorsitzenden der CDU in Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Karin Strenz, Kreisvorsitzende in Parchim, Ulrich Adam, MdB und Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern im Deutschen Bundestag, und Paul Krüger, Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, gewählt. Alter und neuer Schatzmeister ist Lorenz Caffier.

Die rot-rote Stillstands-Koalition ablösen

Zuvor hatte die scheidende Landesvorsitzende Steffie Schnoor die Partei zu Geschlossenheit aufgerufen. Es gelte, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass die CDU aus der Landtagswahl am 22. September 2002 als stärkste politische Kraft hervorgehe. Die rot-rote Stillstandskoali-



Spitzenkandidat Eckhardt Rehberg beginnt die erste Etappe zum Wahlsieg bei den Landtagswahlen 2002

tion habe dem Land nichts gebracht. Sie müsse daher abgelöst werden.

Als Gastrednerin hatte die Parteivorsitzende Angela Merkel die Politik der Bundesregierung und der Landesregierung scharf kritisiert. Insbesondere die Sozialdemokraten hätten es zu verantworten, dass die PDS heute wieder an der Macht beteiligt sei. Diese Beteiligung habe die PDS nicht entzaubert. Sie habe aber eine vernünftige Politik im Interesse der Bürger verhindert.

Auch Eckhardt Rehberg machte in seiner Rede die

SPD/PDS-Regierung für Stillstand und Stagnation im Land verantwortlich. Er warf der Koalition vor, die Interessen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr zu vertreten.

Die Botschaft der CDU: Menschen statt Modelle

Gleichzeitig kündigte Eckhardt Rehberg an, dass die CDU eine Politik der Vernunft im Interesse der Bürger und nicht des Parteibuches wolle. Die Botschaft

DER NEUE LANDESVORSTAND

der CDU laute, Menschen statt Modelle. Das rot-rote Experiment habe dem Land geschadet. Den SPD-Politikern im Land, die mit der gegenwärtigen politischen Lage unzufrieden seien, reichte Eckhardt Rehberg die Hand. Er kündigte an, auf alle zugehen zu wollen, die sich für die Zukunft des Landes engagieren wollten. Nicht Feindbilder, sondern Visionen müssten das politische Handeln bestimmen.

Vorsitzender:
Rehberg, Eckhardt
Stellvertreter:
Adam, Ulrich
Krüger, Paul
Strenz, Karin
Schatzmeister:
Caffier, Lorenz
Beisitzer:
Blöcker, Klaus
Born, Ulrich
Feller, Birgit
Fiedler, Kerstin

Gomolka, Alfred
Holznagel, Renate
Jäger, Armin
Jaffke, Susanne
Kokert, Vincent
Kuhn, Werner
Molkentin, Wolfhard
Prechtel, Alexander
Schafranski, Ingrid
Seidel, Jürgen
Stein, Gudrun
Gesetztes Mitglied:
Angela Merkel

Leitsätze für eine Politik der Zukunft verabschiedet

Neben den Wahlen zum Landesvorstand verabschiedeten die 174 Delegierten die Leitsätze für eine Politik der Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern. Diese

bilden gemeinsam mit der Zukunftsoffensive die Grundlage für das Landtagswahlprogramm. Die Delegierten nominierten bei einer Gegenstimme Eckhardt Rehberg zum Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl im kommenden Herbst.

Personalie

Gerhard Martin ist neuer Kreisgeschäftsführer der CDU Eichsfeld. Nach mehr als 10 Jahren erfolgreicher Arbeit hat **Dieter Althaus**, CDU-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag und Landesvorsitzender, das Amt abgegeben: „Ungern“, wie er sagt, „da ich in meiner Heimat immer den nötigen Rückhalt für die verantwortungsvolle Aufgabe in Erfurt gefunden habe.“ Gerhard Martin forderte die Mitglieder der CDU auf, „selbstbewußter mit ihrer Mitgliedschaft umzugehen – damit wir weiter unsern Weg gehen, auch in Zukunft orientiert am christlichen Menschenbild“.



Steffie Schnoors Geschenk für den neuen Landesvorsitzenden: die rot-rote Laterne der Stillstands-Koalition

„Unser **Team** für Berlin“ – im Willen zum Sieg geeint

Dietrich Austermann ist der Spitzenkandidat der CDU Schleswig-Holstein zur Bundestagswahl im kommenden Jahr.

Die Landesvertreterversammlung der CDU Schleswig-Holstein in Meldorf wählte den Chef der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit 97,7 Prozent der Stimmen auf den Listenplatz 1. Auf Platz 2 folgt die stellvertretende Landesvorsitzende, Bundestagsabgeordnete und Kieler CDU-Chefin, Angelika Volquartz.

Landesvorsitzender Johann Wadepful sagte in Meldorf vor den über 300 Delegierten zu diesem Listenvorschlag:

Auf allen Positionen gut besetzt

„Wir wollen die Bundestagswahl im kommenden Jahr gewinnen, und dafür brauchen wir ein Team von Männern und Frauen, das auf allen Positionen gut besetzt ist und gemeinsam den Willen zum Sieg in sich vereint. Wir haben ein gutes



CDU-Landesvorsitzender Johann Wadepful inmitten von Friedrich Merz und dem schleswig-holsteinischen Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl, CDU-Landesgruppenchef Dietrich Austermann

Team, bestehend aus Männern und Frauen, neuen Kandidaten und bewährten Abgeordneten, Selbständigen, Unternehmern und Arbeitnehmern, Südholsteinern und Insulanern.“ Die elf Direktkandidaten für die Bundestagswahl 2002, die die ersten Plätze der Liste einnehmen, wurden in den letzten Monaten in den Wahlkreisen auf Mitgliederversammlungen mit zusammen mehr als 4.000 Teilnehmern nominiert.

Nach Ansicht von Johann Wadepful zeige diese großartige Beteiligung, wie richtig die Entscheidung gewesen sei, auch die Nominie-

rung der Bundestagskandidaten in die Hände der Mitglieder zu legen. „Die Parteireform funktioniert, der Geist von Weissenhaus wirkt“. In fünf der elf Wahlkreise konnten die Mitglieder zwischen mehreren Kandidaten auswählen, was auch zu dieser hohen Mobilisierung beigetragen hat.

Vorreiter bei der innerparteilichen Demokratie

Johann Wadepful: „Die CDU Schleswig-Holstein hat mit diesen Versammlungen bewiesen, dass wir Vorreiter auch bei der innerpart-

teilichen Demokratie sind.“ Dem Gastredner in Meldorf, Bundestagsfraktionschef Friedrich Merz, versprach er: „Die CDU Schleswig-Holstein, unser Team für Berlin, steht bereit, nach Kräften mitzuhelfen, im kommenden Jahr den politischen Wechsel in Deutschland herbeizuführen.“

Und dieser Wechsel sei auch dringend nötig, sowohl im Bund als auch im Land. Johann Wadepuhl: „Die ruhige Hand des Bundeskanzlers brauchen wir genauso wenig wie die eingeschlagene Hand unserer Ministerpräsidentin. Die beiden denken wohl, dass sie mit der Strategie *wer nichts macht, macht nichts verkehrt* durchkommen. Wir haben etwas Besseres verdient im Bund wie im Land!“

Bürgerpreis geht nach Niebüll und Schleswig-Flensburg

Im „Jahr der Freiwilligen“ vergibt die CDU erstmals den „CDU-Bürgerpreis“ für ehrenamtliches Engagement.

Auch der Landesverband Schleswig-Holstein beteiligt sich an dieser Aktion. So ehrte Landeschef Johann Wadepuhl auf der Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2002 in Meldorf nun mit dem Tschernobyl-Verein Niebüll e.V. und dem Kreisjugendring Schleswig-Flensburg zwei Landessieger, die für

ihre besonderen Aktivitäten eine Urkunde und einen Geldpreis erhielten.

„Die CDU Schleswig-Holstein ist Tag stolz darauf, einen Bürgerpreis in der Kategorie *vor Ort* für lokale Initiativen und einen CDU-Bürgerpreis *international* für grenzüberschreitende Projekte und Partnerschaften zu verleihen“, so Johann Wadepuhl. Der Kreisjugendring in Schleswig-Flensburg habe in herausragender Position Verantwortung im „Rat für Demokratie und Toleranz“ übernommen und so an einem regionalen Bündnis gegen politischen Extremismus mitgewirkt.

Auf Initiative des CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen und auf Einladung des Landrates Jörg Kamischke wurden zahlreiche Vertreter aus Organisationen, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Kirche und Politik zusammengeführt. „Der Kreisjugendring hat dabei sofort folgende Aufgaben angepackt: Information und Aufklärung der Bevölkerung



Ralph Schmidt und weitere Vertreter des Kreisjugendrings Schleswig-Flensburg mit Wolfgang Börnsen, MdB

durch Fortbildungsveranstaltungen, Fahrten und Aktionen für Jugendliche, Ausstellungen und Plakate, Zeitungsanzeigen, die Stärkung der Zivilcourage und als Kernaufgabe: Die Entwicklung von Strategien gegen Hass und Gewalt“, lobte Johann Wadephul.

„Der „Tschernobyl-Verein e.V. Niebüll“ gründete bereits 1995 das Projekt „Humanitäre Hilfe für hörgeschädigte Kinder in Weißrussland“ und konnte inzwischen ca. 350 Kinder in Weißrussland mit Hörgeräten versorgen, die so ihre Muttersprache erlernen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen können.



Frau und Paul-Martin Nissen vom Tschernobyl-Verein Niebüll

5. BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG

Wirtschaft vom Deregulierungs- und Bürokratisierungswahn entfesseln

Alles das Ergebnisse ehrenamtlicher Arbeit

Es sind Früherkennungsgeräte installiert worden, damit die zur Sprachbildung so wichtigen Lebensjahre 1 bis 3 genutzt werden können. Es sind Labors zur Otoplastikherstellung und Reparatur eingerichtet worden. Es sind Techniker und Ärzte ausgebildet und Fortbildungsmaterialien erstellt worden. „Alles dieses ist allein aus ehrenamtlicher Tätigkeit heraus entstanden.“, so Johann Wadephul in seiner Laudatio.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung am 26. und 27. Oktober in Weimar ihren neuen Bundesvorstand für die nächsten beiden Jahre gewählt.

Zum Bundesvorsitzenden wurde erneut Peter Rauen MdB gewählt. Der aus Salmrohr stammende Bauunternehmer führt den Verband bereits seit 1997. Der MIT gehören rund 40.000 Unternehmer und Leitende Angestellte aus allen Bereichen der Wirt-

schaft an. Rauen prangerte in seiner Rede vor allem die mittelstandsfeindliche Politik der Bundesregierung an: Die Krone aufgesetzt hat die Bundesregierung ihrer mittelstandsfeindlichen Politik mit der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes.

„Um die Gewerkschaften für ihr Stillhalten bei der Renten- und der Steuerreform zu belohnen, hat die Bundesregierung eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes durchgesetzt, deren einziger Zweck es ist, die Machtbasis der Gewerk-

schaften in den Betrieben zu stärken," so Rauen.

Zu seinen Stellvertretern wurden der Vorsitzende der Mittelstandsunion der CSU (MU), Hans Michelbach MdB, sowie der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen MIT, Hartmut Schauerte MdB, gewählt. Weitere Stellvertreter sind Barbara Ahrons MdHB, Horst Faber, Reinhold Uhl und der Vorsitzende der saarländischen MIT, Jürgen Presser MdL.

Alter und neuer Bundesschatzmeister ist Peter Jungen, stell. Bundesschatzmeister Hellmut Hausch.

Unter den Beisitzern befinden sich u.a. die Bundesvorsitzende des BKU (Bund Katholischer Unternehmer), Marie-Luise Dött MdB, der stell. Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Hartmut Büttner MdB, und die Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hildgard Müller.

Zu den Hauptrednern des zweitägigen Kongresses gehörte die Parteivorsitzende Angela Merkel sowie die beiden Generalsekretäre von CDU und CSU Laurenz Meyer und Thomas Goppel. Alle drei Redner kritisierten die unionsinterne Debatte um die Kanzlerkandidatur und riefen zur Einigkeit auf:



Peter Rauen: Einziger Zweck der rot-grünen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes war es, die Machtbasis der Gewerkschaften in den Betrieben zu stärken.

„Es ist nicht wichtig, wer als erster läuft, sondern es ist wichtig, dass die Front steht.“

Den inhaltlichen Schwerpunkt des Kongresses bildete die sogenannte „Weimarer Erklärung“. Mit der Verabschiedung dieses Leitantes hat die MIT die Weichen für ihre politische Arbeit in den kommenden Jahren gestellt. Einen Kerngedanken des Papiers bildet die Forderung nach einer Entfesselung der Wirtschaft vom Regulierungs- und Bürokratisierungswahn. Hierzu dürfen u.a., so die MIT, Aufgaben und bürokratische Auflagen, die ein-

deutig oder überwiegend staatliche beziehungsweise gesellschaftliche Aufgaben sind, nicht länger den Betrieben aufgebürdet werden.

Neben der Deregulierung bildet die Forderung nach steuerlicher Entlastung insbesondere der Personenunternehmen u.a. durch eine sofortige Senkung des Einkommensteuerspitzenatzes auf 35% einen weiteren Schwerpunkt des Papiers. Weiterhin fordern die Unionsmittelständler eine zukunftsfähige Gesamtreform der sozialen Sicherungssysteme, die eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 38% erlaubt. Außerdem fordert die MIT die Senkung der Staatsquote auf unter 40%, eine weitreichende Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie ein Investitionsprogramm „Verkehrswegebau“.

ULF FINK, Gesundheits-
experte und Abgeordneter
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion, wurde in Berlin
von der Bundesdelegierten-
versammlung des Kneipp-
Bundes im Amt des Präsi-
denten bestätigt. Damit
steht er für weitere vier
Jahre an der Spitze von
rund 200.000 Anhängern
des Naturheilers Sebastian
Kneipp.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

MILZBRAND

Willkür als Waffe

Milzbrand-Anschläge in Deutschland – eine unfassbare Schlagzeile. Radikal ist unsere Selbstsicherheit, unser Vertrauen in Frage gestellt. Weil es jeden treffen kann. Weil dieser Terror keine Handschrift hat, weil er sich nicht lesen und interpretieren lässt – also wahllos ist. Wieso Thüringen, weshalb Kiel? Eben deshalb: Willkür als Waffe. Ob nun Terroristen oder Trittbrettfahrer – sie erwischen uns an unserer verwundbarsten Stelle. Vorerst Entwarnung. Aber der Frieden ist trügerisch. Rheinische Post

Hilflos

Hinterher ist man immer schlauer. Einen Nachmittag lang versetzte die Meldung über Milzbrand-Erreger das Land in Angst. Viel Lärm um nichts? Wäre es besser gewesen, vorerst zu schweigen? Dafür spricht: Hyste-

rie hätte vermieden werden können. Dagegen: Im Falle einer Bestätigung hätte man den Behörden vermutlich vorgeworfen, fahrlässig und zu spät gehandelt zu haben. In Zeiten allgegenwärtiger Angst gibt es wohl gar keine Möglichkeit, sich richtig zu verhalten. Man wollte bei der Informationspolitik besonders transparent sein, heißt es. Besser die Öffentlichkeit einmal zu viel informiert als einmal zu wenig. Zugegeben: Das klingt nicht sehr souverän. Es klingt eher hilflos, so hilflos wie die Gesellschaft nun einmal seit dem 11. September ist.

Berliner Morgenpost

GRÜNE

Ja oder Nein

Wenn es um den Krieg in Afghanistan geht, dann liegen Claudia Roth und Joschka Fischer zu 95 Prozent auf einer Linie. Nur fünf Prozent Meinungsunterschied. Diese fünf Prozent wiegen aber verdammt schwer. Sie sind an der Basis wie an der

Spitze der Partei heftig umstritten. Es sind die entscheidenden fünf Prozent. Feuerpause – ja oder nein? Roth sagt laut Ja, der Parteirat sagt leise Ja, die Mehrzahl der Landesverbände sagt auch Ja, mindestens. Fischer sagt Nein, ein großer Teil der Fraktion ebenso und auch ein kleiner Teil der Landesverbände. Parteichef Fritz Kuhn sagt vielleicht. Glück für eine Partei, wenn sie sich an ihre Beschlüsse halten kann. Bei den Grünen ist das der Beschluss des Länderrats, verabschiedet einen Tag vor Beginn der amerikanischen Bombardements. Pech für eine Partei, wenn sie feststellen muss, dass ein solcher Beschluss leider auch nicht weiter hilft, weil jeder das, was drin steht, anders auslegt.

Süddeutsche Zeitung

VERMÖGENSTEUER

Gift

Die Gewerkschaften trommeln für die Wiedereinführung der Vermögen-

NEU

Gründungsjahr 1926

NPOST
INTERNKUR
WIRTSCH

steuer. Die Unterstützung linker SPD-Politiker und Grüner ist ihnen dabei sicher. Die Reichen und nicht die Raucher sollten die Zechen für die Terrorbekämpfung zahlen, lautet die Forderung. Dass die Vermögensteuer 1996 abgeschafft wurde, weil sie verfassungswidrig war, ficht die Befürworter nicht an. Ebenso wenig wird zur Kenntnis genommen, dass eine Vermögensabgabe die Nebenwirkung hat, Kapital ins Ausland zu vertreiben. Die Anhänger der Vermögensabgabe wissen, dass die Idee bei ihrer Klientel gut ankommt. Nach dem Motto: Jede Steuer ist gut, wenn sie von anderen bezahlt wird. Die Folgen einer Neidsteuer träfen jedoch nicht nur diejenigen, die sie entrichten sollen. eine Kapitalflucht hätte verheerende Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Steueranhebungen sind zudem Gift für die Konjunktur.

Die Welt

Die Taten von sog. Trittbrettfahrern müssen konsequent verfolgt werden. Bombendrohungen und Briefe mit vermeintlich gefährlichen Substanzen beunruhigen die Bevölkerung in hohem Maße. Wir werden gegen diese makabre Form der Kriminalität entschlossen vorgehen.

Christean Wagner, hessischer Justizminister

KRANKENKASSEN

Ungerecht

„Wir wollen nicht, dass man Arme und Reiche in Zukunft schon am Lächeln erkennt.“ Mit diesem Slogan ging die SPD vor drei Jahren im Bundestagswahlkampf auf Stimmenfang. Sind die frommen Versprechen so schnell vergessen? Weil die Krankenkassen sparen müssen, billigte SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt jetzt eine knallharte Verordnung, wonach nur Kinder mit extrem krummen Gebissen eine Zahnsperre auf Rezept bekommen. Alle anderen Schüler brauchen reiche Eltern, wenn sie mit akkuraten Zahnreihen strahlen wollen. Frau Ministerin, nehmen sie diese ungerechte Verordnung zurück! Jedes Kind hat ein Recht auf ein Lachen, für das es sich nicht schämen muss. Bild

FRANKREICH

Zerrüttet

Für den französischen Premierminister Jospin wird es immer schwieriger, seine Linkskoalition aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen zusammenzuhalten. Auch in Paris haben die in solchen Bündnissen üblichen Profilierungsbedürfnisse nach dem 11. September eine neue Tragweite bekommen: Kommunisten und Grüne haben sich gegen die Intervention in Afghanistan ausgesprochen, womit sie ihrer Regierung, die Amerika Unterstützung zugesagt hat, in den Rücken fallen. Der haben sie jetzt auch die Gefolgschaft aufgekündigt für ein Paket zur Verbesserung der inneren Sicherheit, das in der Nationalversammlung beschlossen wurde. Diese Regierung besteht im Grunde nur noch wegen wahltaktischer Rücksichten und schleppt sich weitgehend handlungsunfähig ins nächste Frühjahr.

Frankfurter Allgemeine

Höchste Zeit zum Handeln!



Organisiert gegen Kriminalität

CDU

Broschüre „Innere Sicherheit“

Höchste Zeit zum Handeln

Bestell-Nr. **5772**

Preis je 50 Expl. 27,50 DM

(14,06)

Die ausführliche
Fassung der
Broschüre finden
Sie im Internet unter
www.cdu.de



ZUWANDERUNG STEUERN UND BEGRENZEN. INTEGRATION FÖRDERN.

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
vom 7. Juni 2001 in Berlin

CDU



ZUWANDERUNG STEUERN UND BEGRENZEN. INTEGRATION FÖRDERN.

Zusammenfassung des Beschlusses des
Bundesausschusses der CDU Deutschlands
vom 7. Juni 2001

CDU

Zusammenfassung des Beschlusses „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“

Bestell-Nr. **2763**

Preis je 100 Expl. 22,00 DM

(11,25)

Broschüre „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“

Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands vom 7. Juni in Berlin

Bestell-Nr. **5762**

Preis je 20 Expl. 28,00 DM

(14,32)



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Broschüre: Der Euro kommt

Informationen und Tipps rund um die Euro-Einführung

Bestell-Nr. 5780

Preis je 50 Expl. 24,00 DM (15,34)



Danach können sie zusätzlich unbefristet bei den Geschäftsstellen der Landeszentralbanken kostenlos DM in EURO umtauschen.

Was wird aus DM-Gedenkmünzen und DM Briefmarken?

Auch DM-Gedenkmünzen unterliegen der Rücknahmegarantie. Sie können bei den Landeszentralbanken gegen EURO umgetauscht werden. Die Briefmarken gelten dagegen kürzere Fristen. Alte DM-Briefmarken können nur noch bis Ende Juni 2002 einwandsfrei werden. Bis Ende in Dezember 2002 werden sie nach an den Postschaltern für 100 DM Briefmarken getauscht. Von 1. Januar 2002 bis 30. Juni 2002 können Sie sogar EURO- und DM Briefmarken auf einem Brief nebeneinander nutzen. Telefonate auf ihrem Telefonscheinbeleg und keine Währungsbezüge gesprochen sind.

Werden die Preise bei der Euro-Einführung steigen?

Immer wieder wird die Befürchtung laut, dass unter der Hand bei der EURO-Umstellung die Preise erhöht werden könnten. Allerdings kann das in Einzelfällen durchaus möglich sein, mittelfristig ist es aber gerade umgekehrt: Der höhere Wettbewerb wird die Preise insgesamt senken. Überall dort, wo schärferer Wettbewerb herrscht, werden sich höhere Preise nicht durchsetzen, wie z.B. im Lebensmittelhandel!

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
- IS-Versandzentrum -
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de